

Diethard Behrens Kontinuitäten deutscher Europapolitik?

Zusammenfassung: *Die Diskussion um die Konsequenzen des EG-Binnenmarktes (1992) und die Rolle der BRD in Europa werfen die Frage nach Kontinuitäten deutscher Europa-Politik auf. Die Tradition der deutschen Europapolitik ist eng verbunden mit der des deutschen Imperialismus, zum einen in seiner militaristischen expansiven Varianten – vom Alldeutschen Verband bis zum nationalsozialistischen Staat – und in seiner liberalimperialen zum anderen von Naumann bis Fried. Hat sich dieses Konzept einer mit politischen Reformen verknüpften Politik handelspolitischer Bündnisse gegenüber der schwerindustriell und agrarisch dominierten siedlungsorientierten Kriegspartei weder vor 1918, noch danach entscheidend durchsetzen können, so waren 1945 mit der Nachkriegssituation die Weichen anders gestellt. Zumindest die bundesrepublikanische Politik konnte hier anknüpfen.*

Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Sofia wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf.¹

I. Aktuelle Probleme

Europa – zumindest die EG – nimmt Gestalt an. Sichtbares letztes Zeichen ist die Festlegung des gemeinsamen Binnenmarktes für 1992 und mit dieser magischen Zahl sind ebensosehr großartige Erwartungen wie schlimmste Befürchtungen verbunden. Offizielle Vertreter von Politik und Wirtschaft, Euro-Experten aller Provenienz versprechen sich von einer Liberalisierung der Märkte, fortschreitender Kapitalkonzentration und einer stärkeren Vereinheitlichung von Verwaltungs-, Industrie- und Handelsnormen einen Innovations- und Rationalisierungsschub, Wachstums- und Beschäftigungseffekte und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die gleiche Perspektive von Kapitalkonzentration und technischer Innovation aber ist anderen als Schrecken in die Glieder gefahren, die sich der erwarteten überproportionalen Deregulierung und dem zügigen Abbau erkämpfter tarif- und sozialpolitischer Positionen relativ vereinzelt und ohnmächtig gegenübersehen.

Aber nicht nur innerhalb der EG verbindet man große Hoffnungen mit der Weiterentwicklung des europäischen Marktes. Anzeichen sind die Beitritts- und Assoziationswünsche verschiedener Länder, sogar aus der Reihe der Warschauer-Pakt-Staaten. Die westliche Begeisterung über die Reformer, die, wie zur Zeit in Ungarn oder auch in Polen, Bereitschaft demonstrieren, den Preis der Übernahme des westlichen poli-

tischen Pluralismus mitsamt seiner marktwirtschaftlichen ökonomischen Praxis als Eintrittsgeld nach Europa zu entrichten, läßt dabei oft in den Hindergrund treten, daß damit die wirtschaftlichen Strukturprobleme dieser Länder keineswegs gelöst sind und östliche Märkte als zu erobernde allererst einer eigenständigen Entwicklung bedürfen, die nicht in einen Ausverkauf mündet.

Unhinterfragte Voraussetzung bisheriger westeuropäischer Integration ist eine militärische und polizeiliche Kooperation. In diesen Kontext gehören in bezug auf die Militärpolitik die militärischen Sonderabkommen zwischen der BRD und Frankreich wie auch die neu aufgelegte Debatte um die WEU (Bauer 1988) und die Initiativen zu einer polizeilichen Integration von Rebmann und Seefeld. Plädiert der Generalbundesanwalt für ein europäisches FBI, so fordert der SPD-Abgeordnete Horst Seefeld, Vizepräsident des Europaparlaments, eine einheitliche europäische Polizeidienststelle zur Bekämpfung des Terrorismus, der der Austausch von Fahndungshinweisen zwischen den Polizeibehörden unterschiedlicher Länder obliegen soll und die sich darüber hinaus auf Basis der Einheitlichen Europäischen Akte der Bekämpfung von Kriminalität, Drogen- und unerlaubtem Kunstwerkehandel widmen soll. (Frankfurter Rundschau 28.7.1988)

Solche Perspektiven suggerieren das Schreckgespenst eines europäischen Polizeistaats. Dieser markiert aber nur eine Dimension der befürchteten politisch-institutionellen Transformationen. Geraten im »Europa der Exekutiven« Reformen in den Bereich des Unmöglichen? Wird die Einrichtung des EG-Binnenmarktes 1992 »mit politischen Rückschritten noch kaum erkannten Ausmaßes erkaufte« werden (Schumann 1988, 94)? Setzt sich, vor allem wegen der mangelnden demokratischen Kontrolle der EG-Behörden, an den Bevölkerungen vorbei eine administrative Verordnungsstaatlichkeit durch und eine fast planwirtschaftliche Monopolwirtschaft (Goettle 1988)?

Hinter diesen düsteren Prognosen und warnenden Stimmen aus Wirtschaft und Parteien, die nach Präventivmaßnahmen angesichts der Gefahr eines ruinösen Wettbewerbs rufen, werden nationale Interessensdimensionen sichtbar, die auch in einem gemeinsamen Binnenmarkt nicht verschwinden. Die jeweilig nationalen Europapolitiken haben ihre spezifischen Traditionen und Determinanten, die vor allem im Kontext einer Diskussion um Demokratiepoteziale in Europa erneut virulent werden könnten. Mit dem Traum von einem Großeuropa, einem Europa »der verschiedenen Geschwindigkeiten«, das als in sich gestufter Block anderen Kontinenten gegenübertritt, lebt die Diskussion um die Möglichkeit einer deutschen Dominanz in Europa wieder auf. Die altbekannten Stichworte von »Großraumwirtschaft« und »nationaler Geltung« provozieren die Frage nach Kontinuität oder Bruch deutscher politischer Tradition.

II. Zwei Großraumkonzepte: Deutscher Imperialismus oder das »liberal-imperiale« Konzept nationaldominierter Bündnisse und Balancen

»Nationalgeschichtliche Kontinuitäten« (Wehler 1976, 27) bestimmen die deutsche Europapolitik der letzten 100 Jahre. Seit der wilhelminischen Ära, d.h. genauer seit 1891, lassen sich zwei europapolitische Richtungen unterscheiden, die abwechselnd zum Zuge gekommen sind: das imperiale Konzept der Eroberung eines Großraums unter direkter Verfügung des Deutschen Reiches oder zeitweilig zumindest der Achsenmächte und das eher weltmarktorientierte Konzept struktureller ökonomischer und politischer Verflechtungen bei starker Dominanz des Deutschen Reiches.

II.1 Imperialer Großraum: großmitteleuropäisches Deutschland

Mit der Miquelschen Sammlungspolitik² tritt der spezifisch wilhelminische Imperialismus mit seiner vorwiegenden Orientierung auf den europäischen Südosten in die Öffentlichkeit (Hallgarten 1974, 56, 90). Diese Politik einer Interessenbündelung der wichtigsten politischen und ökonomischen Fraktionen, also das spezifische »Interessenaggregat« von Industrie, Agrariern und Adel, der Admiralität, dem Seehandel und kaiserlichen Optionen (Ibid., 63 f., 68), basierte auf einer nicht über die politischen Parteien vermittelten Einheit, die als »reine Klassenpolitik« sich gegen das Proletariat wendet. Kehr etwa bezeichnet diese »Formation« als ein »agrarisches-industrielles Kondominium mit der Spitze gegen das Proletariat« (Kehr 1976, 164, 150, 163, 166 f., 135). Grundlage einer solchen Einheitspolitik konnte unter den Bedingungen des Deutschen Reiches nur ein Bündnis von Agrariern und Industriellen sein. Dies hätte aber zur Voraussetzung gehabt, daß deren politische und ökonomische Divergenzen hinreichend hätten ausgeräumt werden können. Die politischen Interessen des agrarischen Konservatismus hätten ihn eigentlich an die Seite Rußlands führen müssen, die der liberalen Industriellen sie an die Seite Englands (Hallgarten 1974, 57, 76).

»Der Liberalismus tendierte ideologisch stets zu England als dem Land angeblicher Freiheit, gegen Rußland als das Land angeblicher Unfreiheit. Aber wirtschaftlich sah er umgekehrt in England den Konkurrenten und in Rußland das Land, dessen Getreideexport die Existenz der ostelbischen Rittergutsbesitzer, seiner sozialen und innenpolitischen Gegner ... auch praktisch aus dem Sattel hob.« (Kehr 1976, 163)

Die ökonomischen Interessen führten jedoch die agrarischen Konservativen in die Konkurrenz mit der russischen Agrarproduktion, die Industriellen in die Konkurrenz mit England (Ibid., 163, 166, 175, 180, Hallgarten 1974, 57). Der unter Miquel getroffene Kompromiß hatte eine agrarisch-industrielle Schutzzollpolitik zum Ergebnis, die im Zollgesetz von 1902 endgültig zementiert wurde; ihr folgte die weitere Außenpolitik (Ibid., 88). Bei diesem Kompromiß haben sich die agrarisch-konservativen Interessen auf eine fatale Weise durchgesetzt und in vielen Bereichen eine kapitaladäquate Weiterentwicklung behindert. Daß dies so möglich war, hängt indes mit der Bismarckschen Reichskonstruktion zusammen. Deren spezifische Doppelstruktur, zugleich Ausdruck ihrer machtpolitischen Ambivalenz, bestand darin, daß die Macht dieses Staates einerseits auf der Stellung eines von der legislativen Kontrolle ab-

gekoppelten Militärs mit ihrem homogen-adligen Offizierskorps beruhte und andererseits auf dem Parlament und dessen Budgetrecht. Das Militär war zudem seit dem Ende der 90er Jahre gespalten in eine konservativ-adlig geführte Armee und eine mit fast allen Kapitalfraktionen eng verbundenen Marine (Kehr 1976, 128 f.). Das zweite entscheidende Element Bismarckscher Politik, der Schutzzoll, ist auch Ausdruck einer Tendenz, die das außenpolitische Schema, die »friedliche Verständigung zwischen den drei großen Kaisermächten« (Hallgarten 1974, 55) zerstörte. Denn mit der »Großen Depression«, die mit dem Ende des Gründerzeitbooms einherging, war schnell eine Schutzzollbewegung entstanden. Die industrielle Schutzzollagitation ab 1873 und die agrarische mit der Krise ab 1875 wurden zum Anlaß eines Bündnisses von Agrariern und Industriellen ab Oktober 1877, manifestierte sich endlich in den Schutzzollgesetzen von 1879. Deutsche Kampfzölle gegen russische Erziehungszölle markieren eine Politik, deren Dynamik auf eine zwangsläufige Expansion um jeden Preis hinauslief (Ibid., 50, Wehler 1969, 142 ff., Wehler 1973). Der Konflikt zwischen dem politischen und ökonomischen Kalkül in der Außenpolitik Bismarcks hatte den Kolonialismus und eine aggressive Weltpolitik in der spätwilhelminischen Form zur Konsequenz. Diese Entwicklung wurde durch die Politik der verschiedenen Verbände, vor allem der nationalistischen, verstärkt.

Die Massenbewegungen der militarisierten Verbände, wie Wehrverein, Flottenverein, Deutsche Kolonialgesellschaft und Alldeutscher Verband (Hallgarten 1974, 85), werden von einem nationalistischen und militarisierten Bürgertum getragen und zumeist schwerindustriell geführt. Für diese Konstellation ist nicht nur die »allgemeine politische Mentalität, sondern die ganze Sozialverfassung des Reiches« (Kehr 1976, 180) ausschlaggebend. Getragen von der »kapitalistisch-imperialistische(n) Machtidee« (ibid., 129) diktierte ein »feudalisiertes und militarisiertes Bürgertum« (ibid., 103, 168) endlich de facto die Innenpolitik und suchte in einer antisozialistischen nationalistischen Übersteigerung Kompensation für seine eigene Unterwerfung und Militarisierung durch den preußischen Klassenstaat. Zwei Verbände bestimmen vor allem die Politik: der Alldeutsche Verband und der Flottenverein. Der Flottenverein, der den Flottenbau³ agitatorisch begleitete, war anfangs zwar eher kleinbürgerlich dominiert (Stroschein), wird aber bald, dank der Berliner Banken und Krupp, zum Verband der Interessen von Schwerindustrie und Finanziers (Hallgarten 1974, Kehr 1976, 140). Er entfaltete eine massenhafte Propaganda. Ganz anders formt sich der Charakter des Alldeutschen Verbandes heraus. Als Reaktion auf den Austausch Sansibars gegen Helgoland mit den Engländern, der als Verrat deutscher Interessen aufgefaßt wird, formierte sich 1891 der Alldeutsche Verband unter der Führung Alfred Hugenbergs (Wernecke 1982, 26 ff.). Trotz seiner Massenpropaganda verstand er sich eher als Verband einer bürgerlichen Elite (Hallgarten 1974, 84).

Vor allem der Alldeutsche Verband hatte dann auch eine betont deutsch-imperiale Propaganda entfaltet, auf deren Hintergrund Entwicklung und Verbreitung imperial-europäischer Denkmodelle möglich wurden. Deutschland brauche mehr Land oder zumindest ein erweitertes Wirtschaftsgebiet (G.K. 1894, 96, Claß 1912, 136-170), denn es befände sich mit Amerika und Rußland in einer gefährlichen Konkurrenzsituation.

Ob dies die Kolonien sein sollten, darüber herrschte oft selbst bei den Alldeutschen keine Einigkeit. Es gehe, und darin war man sich weitgehend einig, um die Sicherung des Lebensraumes. Deshalb forderte z.B. der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Claß, auch eine aggressive Außenpolitik im Namen einer deutschen Machtpolitik (ibid., 180 f., 184). Als allgemein ausgemachtes Interessengebiet für eine solche Politik galt der Balkan, allgemeiner der europäische Südosten, manchmal der Osten überhaupt. Die dort lebenden Völker sollten dann assimiliert, germanisiert, vertrieben oder umgesiedelt werden.⁴ Ziel dieser Politik war es, ein Großdeutschland als arrondierte Großmacht oder zumindest als Macht in einem autarken Block (Hasse 1895 b, 102) zu schaffen mit einem Programm möglicher Siedlungen außerhalb seiner unmittelbaren Grenzen. Mit imperialer Geste wird von einer zu gewinnenden Westgrenze ausgegangen, die als »deutsche Sprachgrenze« von den Ardennen bis zum Montblanc reicht, die deutschsprachige Schweiz, die niederländischen »Volksgenossen« samt flämischen Belgiern eingemeindet. Interesse an Triest als unverzichtbarer deutscher Hafen wird angemeldet. Nordpolen soll als Südpreußen heimgeführt werden. Man erwägt die deutsche Besiedlung Kleinasiens, um auf diese Weise endlich am Schwarzen Meer Fuß fassen zu können, während Österreich den Hafen von Saloniki zugewiesen bekommt (Hasse 1895 a, 108 f., 110, 116, 119). Da man den kleinen Völkern sowieso das Recht auf eine eigene Nationalität abgesprochen hat (G.K. 1894, 99), will man auch den Habsburger Staat auf eine antislawische Politik einschwören, notfalls ihm mit Intervention und Diktatur drohen. »Der Habsburger Staat wird deutschfreundlich sein, oder er wird nicht sein.« (Claß 1912, 191, 193 f.) Dieser Entwurf verlangte auch nach einer entsprechenden Neuordnung Europas, strukturiert durch ein zentrales Großdeutschland und »verbündete« Gebiete, die in einer Zollunion zusammengefaßt hätten werden können⁵ und die auf einer rechtlichen »Klassenteilung« von Deutschen und Nichtdeutschen fußen sollte (Hasse 1895 a, 121). Gemessen an diesen hochgesteckten Eroberungswünschen hatten die Alldeutschen, als sie zu Beginn des 1. Weltkrieges, zugleich mit allen anderen Verbänden und Interessengruppen, ihre Kriegszieldenkschrift auf den Tisch legten, kaum mehr zu bieten. Dies gilt auch für die 20er Jahre, die zwar durch eine heftige nationalistische Agitation, aber in der Sache durch nichts Neues gekennzeichnet sind. Andere Vorstellungen schieben sich in den Vordergrund.

II.2 Europapolitik der liberal-imperialen Fraktion⁶

Von den Zielvorstellungen der Alldeutschen scheinen die der liberal-imperialistischen Fraktion anfangs wenig unterschiedlich. Eines ihrer Foren, der 1904 gegründete »mitteleuropäische Wirtschaftsverein«, legt eine gewisse Differenzierung der in ihm wirksamen politischen Richtungen frei, zumal nach der Vereinigung unterschiedlicher Industriefraktionen im Verein.

Zum einen lassen sich die Überlegungen des Grafen Albrecht zu Stolberg-Wernigerode, der ein großdeutsches Reich mit einem evangelisch-deutschen Kaisertum als ein rein deutsches »Bollwerk gegen das Vordringen der Slawen« (Stolberg-Wernigerode 1914, 209)⁷ forderte, als eine fraktionelle Position kennzeichnen. Zum anderen äus-

sert sich mehrheitlich eine liberal-imperale Meinung, die als Bedingung einer deutschen Führungsrolle eine der Miquelschen Sammlungsbewegung entgegengesetzte Reform inaugieren wollte: Reform des Wahlrechts, d.h. Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, wirklichen Parlamentarismus und die Beseitigung des polizeilich-bürokratischen inneren Regiments wie ökonomisch flankierend des überhöhten Getreidezolls (Mangoldt 1912, 179, Naumann 1913, 52 ff., Naumann 1911, 378-386, Rathenau 1976, 168-170), die nur möglich schien in einer Interessensidentität von Liberalismus und Sozialdemokratie. Ökonomisch hingegen besteht im »mitteleuropäischen Wirtschaftsverband« weitgehend große Einigkeit.

Trotz der Dementis, daß man keine politische Propaganda für die Idee eines mitteleuropäischen Zollvereins treiben wolle, bildet die Propagierung dieser Idee doch das Zentrum der publizistischen Aktivitäten des »mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins«. Ein solcher Zollverein soll vor allem die mitteleuropäische Dominanz gegenüber dem europäischen Osten und Südostasien sichern (Mangoldt 1912, 177). Im Kern besteht er aus dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn (ibid., Rathenau 1976, 179 f., Stolberg-Wernigerode 1914, 208, Wolf 1903 a, 140). »Mitteleuropäisch« kann er fallweise erweitert werden⁸ und durch ein Bündnissystem mit dem Balkan bis hin zur Türkei und unter Umständen darüber hinaus im Sinne einer »verständige(n) Nationalitätenpolitik« (Mangoldt 1912, 177) ergänzt werden. Ein Klein-Imperialismus wird propagiert (Naumann 1908, 170, 172).

Voraussetzung der anvisierten Zollvereinspolitik ist eine liberale Wirtschaftspolitik, also »Freiheit der Niederlassung, des Gewerbebetriebes und des Grundeigentumerwerbes für alle Angehörigen dieser vereinigten Staaten« (Mangoldt 1912, 178). Die außenpolitische Frontstellung richtet sich gegen Amerika und England (Rathenau 1913). Interessenpolitisch geht es den führenden Propagandisten des »mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins« um Rohstoffe und Absatzmärkte, zu deren Sicherung die Handelspolitik Mittel sein soll⁹, deren Voraussetzung aber eine forcierte Infrastrukturpolitik sein muß, wie Stolberg-Wernigerode fordert. Für ihn gilt es, nicht nur die Eisenbahnen und die gesamte Binnen- und Seeschifffahrt zu verstaatlichen, um dem Staat die notwendigen Einnahmequellen zu sichern, sondern auch die Infrastruktur länderübergreifend auszubauen (Stolberg-Wernigerode 1914, 209). Eine solche Wirtschaftspolitik soll auch der Konkurrenz mit den anderen Kolonialländern entsagen. Es wird bewußt eine Haltung eingenommen, die sich antikolonialistisch gibt, dem Besitz von Kolonien keinen hohen Stellenwert einräumt, genauso wie sie sich gegen krieglerische Lösungen wendet. Die Zollunion, gekoppelt mit einem ökonomischen Bündnissystem und gegründet auf eine integrierte Handelspolitik, soll auch als Palliativ gegen den nationalistischen Haß dienen, wie Rathenau hofft.

»Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfriede, nicht die Abrüstung und nicht die Erschlaffung, aber es ist Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation.« (Rathenau 1913, 208)

Als zu Beginn des 1. Weltkrieges die Optionen der verschiedenen Verbände und Interessengruppen als Kriegszielenkschriften vorlagen, schien eine fast vollständige

ationale Einheit hergestellt. Die nationalistische Ideologie ging auch nicht spurlos an der liberal-imperialen Faktion vorbei. Die Angleichung an nationalistische Vorstellungen vollzog sich aber in langsamen Schüben und mit starken Widerständen. Während Naumann schon 1915 ein auf das Gebiet des Dreibundes zurückgenommenes engeres Mitteleuropa ins Auge faßte (Naumann 1915), hielten andere die traditionell-liberalistische Mitteleuropakonzeption in ihrer Abgrenzung gegen den »Westen« und gegen Rußland bis 1916 aufrecht. In dieser Perspektive plädiert Rathenau für einen baldigen Frieden mit Frankreich, ohne Landerwerb und Länderaufteilung wie beim Wiener Kongreß. Stattdessen sei einem Wirtschaftsverband der Vorzug zu geben und eine »zwischenstaatliche Organisation zu schaffen« (Rathenau 1914, 214). Unterstützt wird Rathenau dabei von Staatssekretär Delbrück, der auf die Implikation, die u.a. im Bruch mit der bisherigen Wirtschaftspolitik liegt, verweist: Aufhebung des Schutzes der nationalen Arbeit und der eigenen Zölle, auch der agrarischen, uneingeschränkte Konkurrenz, allgemeiner Liberalismus. Das Ziel einer solchen Politik, die Herrschaft eines zollgeeinten Europa auf dem Weltmarkt, ist allerdings nur mit der Sozialdemokratie, bzw. desjenigen Flügels, der »die Überführung der internationalen Sozialdemokratie in eine nationale Demokratie« (Delbrück 1914, 219) will, d.h. mit einer liberalen Mehrheit zu erreichen. Die liberal-imperiale Fraktion identifizierte sich während des Krieges zunehmend mit den im Achsen-Militärbündnis befindlichen Mächten, allerdings ohne diesen gegenüber eine nationalistische Suprematie zu propagieren (Jäckh 1916). Im Verlaufe des Krieges erfolgte dann auch ein Nachgeben gegenüber nationalistischen Parolen, auch wenn in bestimmten Gesprächskreisen und Zirkeln differente Konzepte diskutiert wurden.¹⁰

Das Ende des 1. Weltkrieges hat die konservativ-schwerindustrielle Einheit, die ihren extremen propagandistischen Ausdruck im Alldeutschen Verband gefunden hatte, in ihrer politischen Dominanz in der deutschen Politik vorerst an die Seite gerückt.

Auch die politisch-ökonomischen Vorstellungen der Liberal-Imperialen erfahren jetzt notwendig Transformationen: Angesichts der Niederlage des Deutschen Reiches und der Donaumonarchie schien nationale Bescheidenheit oder grenzüberschreitende Völkerverständigung geboten.

Die Mitteleuropa-Idee wird einerseits, stark nationalistisch interpretiert, auf die Gestalt eines Großdeutschland, d.h. als Vereinigung von Deutschem Reich und Deutsch-Österreich, zurückgenommen (Stolper 1919, Oncken 1921), andererseits lebt sie in ihrer traditionellen Gestalt einer mittel-südosteuropäischen Achse als Ausgangspunkt eines Groß-Europa wieder auf oder wird vereinzelt im Kontext einer Westbindung des Deutschen Reiches diskutiert (Rohrbach 1919, Duisberg 1931, 581 f., Grotkopp 1931). Die Vorstellung Duisbergs zielt auf einen regionalen Wirtschaftsraum von Bordeaux bis Sofia. Rohrbach hält Osteuropa für deutsches Einflußgebiet überhaupt, während Grotkopp ein differenziertes Modell von nationalistischer Wirtschaftspolitik und Autarkie entwickelt. Auszugehen sei dabei von einer deutsch-österreichischen oder einer deutsch-österreichisch-französischen Zollunion, die auf ganz Südosteuropa erweitert werden könne, auf der Basis vorausgesetzter Arbeitsteilung zwischen Südost- und Mitteleuropa, was agrarische Vorzugszölle gegenüber dem Südosten als

sofort einzuleitende Maßnahme einschließt. Die Mitteleuropa-Idee spielt am Ende der 20er Jahre eine zunehmend bedeutsame Rolle bei den Propagandisten des Tatkreises (Fried 1931a, Wirsing 1932) und dem 1929 als »Mitteleuropäischer Wirtschaftstag« (MWT) neugegründeten mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins. Hier vollzieht sich dann wieder eine Ausweitung der angestrebten Interessensphäre.

Konkurrierend mit dem Großteil der mitteleuropäisch orientierten Fraktion entwickelt Coudenhove-Kalergi sein Konzept eines Pan-Europa¹¹ ganz aus dem Geist eines christlich-aristokratischen Abendlandes heraus (Coudenhove-Kalergi 1923 b). Aus dem Zusammenbruch des Zarenreiches und der Donaumonarchie, d.h. dem Entstehen vieler neuer Staaten im osteuropäischen Raum, werden aber andere Schlüsse gezogen als bei den Mitteleuropa-Anhängern. Für Coudenhove-Kalergi ist damit der Weg frei zu einem Europa, zu den »vereinigten Staaten von Europa, der Paneuropäischen Föderation« (Coudenhove-Kalergi 1923 a, 33). Ein solcher Staatenbund soll durch Friedensverträge gesichert werden, damit auf seine Freiheit, denn Freiheit meint hier erst einmal den geforderten Freihandel. Er repräsentiert für Coudenhove-Kalergi ein gemeinsames europäisches und deutsches Interesse. Ein Schiedsgericht, d.h. ein europäischer Gerichtshof, ist vorgesehen. Es soll nationale Gleichberechtigung herrschen (Coudenhove-Kalergi 1926, 514, Heile 1926, 524). Minderheitenschutz soll garantiert sein. Dies impliziert dann nicht nur Grenzabbau, sondern auch den Verzicht auf Grenzverschiebungen oder gar einen Revanchekrieg.

Pan-Europa wird gedacht als demokratisches Europa (Coudenhove-Kalergi 1923 a, 33 f., Heile 1926, 525). Außenpolitische Gegner sind Großbritannien und Rußland, die beide extra muros verbleiben sollen. Vor allem die Sowjetunion erscheint als Feind (Coudenhove-Kalergi 1931a, 231-234). Denn Coudenhove-Kalergi wähnt Europa und Rußland im Glaubenskrieg und fordert im Namen von Freiheit, Gleichberechtigung, Sicherheit und Wohlstand (Id. 1931 b, 33) Maßnahmen gegen die bolschewistische Bedrohung.¹² Auch innere Feinde gibt es: nationale Chauvinisten, Kommunisten, Militaristen und die Schutzzollindustrie (Id. 1923 a, 162). Paneuropa, das heißt nicht nur Vereinheitlichung des Rechts, Zollunion und Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes (ibid., 154, id. 1926, 514), sondern auch, daß die Politik der technischen Revolution folgt. Überhaupt ist Coudenhove-Kalergi die Technik die Grundlage des europäischen Geistes und zudem mißverstehet er sie als Mittel der Aristokratisierung der Menschheit (Id. 1932, 40, 63). Ist es von daher verwunderlich, daß ihm die Einigung Europas als Folge spezieller Infrastrukturmaßnahmen und verkehrstechnischer Erfindungen erscheint (ibid., 79 f.)? Als selbstverständliches Ziel wird die Etablierung einer Großraumwirtschaft mit einem entsprechenden inneren Markt genannt. In ihrem Rahmen sollen Maßnahmen zur Rationalisierung, Normierung und Vereinfachung der industriellen Produktion ergriffen werden und es werden ergänzend auch solche für eine staatliche und privatwirtschaftliche Kooperation vorgeschlagen (Schlüpmann 1926, 518 f.). Die herbeigewünschte Großraumwirtschaft soll nicht nur den Ausbau eines inneren europäischen Marktes vorantreiben, Zollunion nach außen und regionale Wirtschaftsbündnisse nach innen aufweisen wie eine Währungsreform enthalten, sondern auch die Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung,

Steigerung des Reallohnes und Verkürzung der Arbeitszeit zum Ziel haben (Id. 1934, 207, 221 f., 228, 230, 241). Hinzu kommt die Aufrechthaltung und Stabilisierung des Kolonialbesitzes der verschiedenen Länder und seine Zusammenfassung zu einem paneuropäischen Kolonialreich (Id. 1923a, 36 ff.).

In der deutschen Politik optierte man zunächst für eine Verständigung mit dem Westen, um sich die »Klärung« der Grenzfragen in Osteuropa offenhalten zu können. Dabei wurden drei Ziele festgehalten: die Lösung der Reparationsfrage, der Schutz der Auslandsdeutschen und die Korrektur der Ostgrenze. Auf Elsaß-Lothringen wird dabei verzichtet, während an dem Anschluß Deutsch-Österreichs festgehalten wird. (Stresemann 1925, 507 f.) Als der Versuch, eine Zollunion mit Österreich zu erreichen, 1931 scheiterte und sich angesichts der Wirtschaftskrise das Problem der Absatzmärkte verschärfte, lagen schon Konzeptionen vor, die gegenüber der klassischen Südost-Orientierung der liberalen Mitteleuropa-Vertreter eine sukzessive Umorientierung auf den gesamten Osten erkennen ließen. Dies gilt vor allem für den Tat-Kreis.¹³ Obwohl Rußland nach der Revolution zu Agrarexporten nicht mehr in der Lage ist, und damit die traditionell agrarische Konkurrenz des ostelbischen Grundbesitzes hinfällig geworden ist, bleibt das Problem der Konkurrenz beim Handel mit den nicht industrialisierten ost- und südosteuropäischen Staaten prinzipiell bestehen. Um eine Lösung dieses Problems bemühte sich das »Büro Hahn« (Sohn-Rethel 1973, 32) als Schaltstelle der verschiedenen ökonomischen Interessen. Es ging um ein handelspolitisches Konzept, das die »Vereinigung unterschiedlicher Kapitalinteressen« (Agnoli 1973, 11) möglich machen sollte, also um die Aufhebung des Gegensatzes von Industrie- und Agrarinteressen. Nicht nur das, auch den innerindustriellen Interessengegensatz zwischen den zu diesem Zeitpunkt krisengeschüttelten Schlüsselindustrien und den weniger gefährdeten, immer noch exportorientierten, Chemie- Elektro- und verarbeitenden Industrien und den inneragrarischen Interessengegensatz zwischen ostelbischem Großgrundbesitz und westlichem Klein- und Mittelbauernum galt es zu berücksichtigen. Dies sollte über das Konzept einer »Agrarkartellisierung«¹⁴ geschehen, die als Dreiecksgeschäft zwischen deutscher exportorientierter Industrie, deutscher Getreide- und Futtermittelproduktion und südosteuropäischer Veredelungswirtschaft geplant war. Die Interessen der Klein- und Mittelbauern sollten geopfert werden, während den Interessen der Schwerindustriellen durch die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen Rechnung getragen werden sollte und durch die Suche nach einer Möglichkeit, die anzustrebende Einheit imperial abzusichern. Der starke Staat, der die Optionen dieses Interessenbündnisses innenpolitisch durchsetzen sollte, wurde durch die »Regierung der nationalen Einheit« (ibid., 12, Sohn-Rethel 1973, 94 ff.) 1933 geschaffen. Zumindest in bezug auf die Stoßrichtung gegen die Arbeiterbewegung und auf die außenpolitische Konstellation ergibt sich hier eine Parallele zur Miquelschen Sammlungspolitik. Die Regierung der »nationalen Erneuerung« betrieb dann allerdings den Abschluß vom Weltmarkt und damit die Begünstigung der einheimischen Schwerindustrie wie überhaupt die Rückkehr zu alldeutsch-deutschnationaler imperialistischer Politik eines Siedlungs- und Germanisierungsprogramms. Die nationalsozialistische Benachteiligung der »neuindu-

striellen« Fraktion beseitigte damit auch die letzten Reste an »europäischer« Orientierung. Der imperale Block hatte gesiegt. Dieser Sieg vollzog sich in drei Etappen. Die Südosteuropapolitik der Zwischenkriegszeit war darauf ausgerichtet, über die Wahrnehmung ökonomischer Interessen außenpolitische Handlungsfähigkeit zu erlangen, mit dem Resultat einer politisch motivierten, konsumfundierte Außenwirtschaftspolitik. Mit der Gründung des handelspolitischen Ausschusses (HPA) 1925 war eine interministerielles Organ geschaffen, dem das Arrangement industrieller und agrarischer Interessen oblag und das auf Südosteuropa als deutschem Großwirtschaftsraum orientiert war (Radkau 1976, 36). Die Brüning'sche Exportoffensive bei gleichzeitigem Agrarprotektionismus als nächster Schritt leitete zu einem Präferenzzollsystem und bilateralen Zahlungs- und Warenhandelsabkommen mit einzelnen südosteuropäischen Staaten über, deren Unsinnigkeit schon in den 30er Jahren durchsichtig war. Vor diesem Hintergrund gab es drei gegenläufige Versuche von Friedensinitiativen, durchweg von den progressiven Industriefraktionen getragen: 1. eine gegen die Sowjetunion gerichtete Initiative einer deutsch-französischen Zollunion mit einer gemeinsamen ökonomischen Herrschaft über Mittel- und Osteuropa, 2. die Ausgleichsverhandlungen 1939 (Wohltatgespräche) zwischen England und dem Deutschen Reich mit dem Ziel einer britisch-deutschen Weltvorherrschaft und 3. den Vorschlag eines ökonomisch-politischen Welt-herrschaftsdreierbundes USA-Großbritannien-Deutsches Reich (Martin 1976). Das jeweilige Scheitern dieser Vorschläge zeigt zugleich den Stand der Durchdringung eines industriell-agrarischen kriegerischen Ausbeutungs- und Siedlungsimperialismus an.

Schon mit dem Jahre 1945 die Zeit dieser deutsch-imperialen Europapolitik endgültig abgelaufen, so war die damit verbundene Neuorientierung schon spätestens ab 1943 mit der erneuten Vorlage eines Entwurfs für einen europäischen Staatenbund längst vorgegeben, wie der Entwurf einer Denkschrift für einen einzurichtenden europäischen Staatenbund des Auswärtigen Amtes von 1943 beweist, der weit stärker zukunftsorientiert ist als etwa die gleichzeitig entstandene Denkschrift Goerdeler's (Auswärtiges Amt 1943, Goerdeler 1943).

III. Neue deutsche Europapolitik? – Oder das Problem von Bruch und Kontinuität

Augenscheinlich spielt die alte Tradition imperialer Europapolitik in der BRD nicht mehr *die* entscheidende Rolle. Zumal durch die Teilung der Welt auch die agrarische konservative Fraktion, die so oft eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, wenn nicht ausgeschaltet, so aber doch in ihrer Bedeutung und Machtfülle sehr geschmälert worden ist (Loth 1983). Anders formuliert heißt dies: Es scheint, daß die Struktur eines deutschen Imperialismus sich gewandelt hat. Auch die Interessengruppen sind nicht mehr genau dieselben. Diese Interessentransformation ist selbst erklärungsbedürftig. Zwar finden sich nach 1945 militaristische Drohungen gegenüber dem

»Osten« bis hin zu Forderungen nach einem Präventivkrieg in den Verlautbarungen deutscher Industrieller, zwar beklagt selbst Erhard, daß der Konkurrenzschutz aus der Zeit des Nationalsozialismus sich im Korpsgeist der Unternehmer der späten 40er Jahre fortsetze (Radkau 1974, 444-446), zwar läßt sich die »deutsche Wirtschaft« nur zögernd auf die das Großkapital begünstigende Politik der Alliierten in den Westzonen ein und Schacht versucht sich wieder – bis 1947 – in der Politik der Bilateralisierung (Abelshauer 1983, 147 f.), zwar bemüht sich Adenauer, das Machtpotential der Ruhrindustrie zu erhalten und die alte »Sammlungspolitik« wieder aufleben zu lassen, ergänzt durch den politischen Katholizismus (Radkau 1974, 448 f., 456 f.), zwar wird mit der Bundeswehr wiederum ein beträchtliches militärisch-industrielles Risikopotential aufgebaut, und dennoch ist eine Verschiebung im Machtgefüge unbestreitbar. Mit der Einbindung Deutschlands in die bipolare Blockbildung sind zwei entscheidende Differenzen gegenüber der alten Konstellation gesetzt:

1. Die agrarischen Überschußgebiete Ostdeutschlands stehen nicht mehr zur Verfügung, damit transformiert sich notwendigerweise die ehemals mit den Großagrariern verbundene Fraktion.
2. Der ost- und südosteuropäische Raum steht als Objekt ökonomischer und politischer Strategien für die BRD vorerst ebenfalls nicht mehr zur Verfügung (Abelshauer 1983, 149).

Unterstellt man die Europakonzeption der »liberal-imperialen« Fraktion aufgrund einer Interessenbindung einer exportorientierten Industrie, wie sie in den 50er Jahren wieder auferstand, nach wie vor als virulent, so kann sie sich offenbar aufgrund des Ost-West-Gegensatzes vorerst wenig auswirken. Aber nicht nur deswegen: Adenauers Westorientierung (Radkau 1974, 465), die beginnende Verflechtung mit Westeuropa ab 1947, die auf amerikanischen Druck erfolgte Intensivierung europäischer »Austauschbeziehungen« mit gleichzeitigem Abbau der Handelschranken und ab 1950/51 dem Bruch mit der Schutzzolltradition wie die ökonomische Entwicklung im Anschluß an den Korea-Boom (Abelshauer 1983, 152-154), haben einen Prozeß in Gang gesetzt, der eine »Verlagerung der Handelsströme von Ost nach West« (ibid., 159) mit sich brachte. Die Exporte nach Osteuropa sanken, die Weltmarktabhängigkeit stieg.

Für die Entwicklung von Europakonzeptionen spielt eher, vor allem über die Propaganda der Europa-Union vermittelt, die Vorstellungswelt von Coudenhove-Kalergi eine Rolle, wie die von allen Kapitalfraktionen geteilte, antirussische Orientierung und die Übernahme seines christlich-konservativen Weltbildes deutlich machen. Mit dem Beginn der westeuropäischen Integration auf ökonomischer und politischer Ebene und der militärischen Integration in das westliche Bündnis und später der polizeilichen Kooperation scheint dann auch eine wesentlich auf ökonomisch und industriell schwachen Wirtschaftsräumen beruhende national-imperiale Epoche vergangen zu sein.

In dieser Perspektive stellt sich selbst der ab spätestens 1973 stärker forcierte Osthandel nicht mehr als erster Schritt auf einen zu monopolisierenden Raum dar. Der Osthandel war gleichwohl nie ganz zum Erliegen gekommen. Jenseits einer Politik

der Stärke, des Adenauerschen Niederkonkurrierens, blieb der Osthandel trotz des kalten Krieges attraktiv (Radkau 1974, 475), und so wurden die ihn begrenzenden Bestimmungen auch zunehmend unterlaufen. Die europäische Gemeinschaft ist unterdes zu einem Faktum geworden (Abelshauer 1983, Galtung 1973). Der westeuropäische Großraum wird zu einer multidominanten Struktur. Ein Traditionsbruch deutscher Europapolitik ist trotz aller imperialen Intentionen unübersehbar. Obwohl diese Tatsache sicherlich ein Novum darstellt, insofern die weltmarkt- und westeuropäische Seite, die Exportindustrien sich gegenüber dem »alten« Imperialismus durchgesetzt haben, was schon daran deutlich wird, daß die Schrittmacher der ökonomischen Verflechtung auf EG-Ebene, die Chemie- und Elektroindustrie (Radkau 1974, 518), in ökonomische Stärkepositionen gegenüber den alten Industrien gelangt sind, sind Kontinuitäten jedoch nicht zu übersehen: Dafür stehen Personen, wie etwa Karl Schiller, als »einstige(r) Theoretiker der NS-Großraumwirtschaft« (ibid., 508), Institutionen, wie die konzertierte Aktion als Modell des sozialen Interessenausgleichs und gleichzeitige Fortsetzung der »NS-Wirtschaftsführung« und die Renaissance der Großraumwirtschaftspläne (ibid., 519) überhaupt als antiamerikanischer Euronationalismus.

Es scheint, als ob es endgültig gelungen wäre, die brisante Position des Deutschen Reiches als gegen Ost und West gerichtete »Mitte« zugunsten einer Integration der ehemaligen Mittelmächte in die Blöcke aufzulösen und im Rahmen ökonomischer, politischer und militärischer Kooperationen einzubinden. Spätestens mit der Krise 1973/74 wurde jedoch eine weltpolitische Konstellation sichtbar, in der nicht nur die US-Hegemonie brüchig geworden war, ihr mit den EG-Staaten und Japan eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz auf dem Weltmarkt erwachsen war, sondern sich auch im Bereich der SU-Hegemonie zunehmend Probleme zeigten. Die Phase der »Nachrüstungspolitik« läßt sich nicht zuletzt als Reaktion auf diese Veränderungen begreifen.

Mit der Friedensbewegung als einer Initiative, die sich gegen die Nuklearmilitarisierung und konkret gegen die beiden Nuklearmachtblöcke in Ost und West richtete, ist nicht nur der »Mitteleuropagedanke« erneut der Asche entstiegen, auch die Diskussion um die Stellung Deutschlands in Europa ist wieder neu entbrannt. Mit den Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungsgesprächen und erst recht mit dem INF-Abkommen war u.a. auch der traditionellen Rußlandfeindlichkeit ein Stück weit der Boden entzogen.

Mit der Diskussion um die verschiedenen Friedens- und Abrüstungsvorschläge geht dann von seiten vor allem osteuropäischer Diskutanten die Vorstellung von einem Mitteleuropa als Großraum einher, nur jetzt mit dem Unterschied zu seiner traditionellen Form, daß der Diskurs über Mitteleuropa hier eingesetzt wird, um die Westbindung Osteuropas zu betonen. Der Osthandel hat nicht nur Kapitalien in die osteuropäischen Länder einströmen lassen und damit zu ihrer inzwischen horrenden Verschuldung beigetragen, in seinem Gefolge ist es auch gerade in der deutschen Diskussion zu einer Neuaufgabe alter Wirtschaftsraumvorstellungen gekommen. Aus all diesen angeführten Veränderungen heraus ist es auch kein Wunder, wenn diese

neueren Tendenzen traditionell deutsch-imperialistisch gedeutet werden (Stürmer 1986a, 1986b).

Trotzdem erscheint eine Neuauflage einer der beiden traditionellen deutschen Konzepte eines Großraums Europa vorerst nicht zur Debatte zu stehen. D.h. weder ein gestuftes Bündnis-konzept, etwa im Sinne einer deutsch-dominierten Donauföderation, wie in den 20er Jahren die Nachfolgelösung des Habsburger Reiches konzipiert war, noch eine deutsch-nationale imperiale Variante haben derzeit Realisierungschancen. Oder doch? Ist die deutsche Europapolitik, wenn auch etwas modifiziert, zumindest in ökonomischer Hinsicht jetzt kurz vor dem Ziel? Solchen bündnisdrapierten neuen deutschen Großraum-machtpolitikvorstellungen stehen zur Zeit zumindest einige Bedingungen entgegen, die eine solche Entwicklung behindern und eventuell nicht zulassen. In diesem Sinne lassen sich drei Faktoren oder Faktorenbündel nennen:

- In dem von Überproduktionsproblemen geschüttelten, hoch subventionierten europäischen Agrarsektor gibt es keine deutsche Dominanz.
- Es existiert innerhalb der europäischen Gemeinschaft zum Teil eine entnationalisierte Konzernstruktur, und es operieren in diesen Ländern eine Anzahl multinationaler Konzerne.
- Es existiert, trotz unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Ansätze der einzelnen Staaten, sowohl eine zunehmende Verflechtung der europäischen Industrie wie auch eine sie verstärkende wechselseitige Durchdringung der Handelsbeziehungen (Deubner 1979, 31, Neumann, Uterwedde 1986, 21, 30, 35).
- Es existieren partiell integrierte politische Bereiche, sowie innereuropäische Verträge und Absprachen, die verhindern, daß Verhandlungen national geführt werden.

Trotz nationalwirtschaftlicher, durch eine bestimmte Industriepolitik verstärkte, Konkurrenz hat die Außenhandelspolitik »als klassisches nationalstaatliches Mittel« an Bedeutung verloren. Zudem ist inzwischen die Kompetenz für Handelsabkommen an die EG übergegangen, das gilt ab 1973 auch für den Handel mit den RGW-Staaten. In bezug auf den Osthandel ist auch daran zu erinnern, daß schon in den 20er Jahren, partiell auch schon früher, viele osteuropäische Staaten gerade zu Frankreich vielfältige kulturelle, ökonomische und politische Beziehungen unterhielten, die an Intensität denen des Deutschen Reiches zu Osteuropa nicht nachstanden. Eine integrierte europäische Handelspolitik scheint von daher auf der Hand zu liegen.

Die gegenwärtige Situation scheint also dadurch gekennzeichnet zu sein, daß zum Teil äußere und innere Feindbilder zusehens abnehmen, so daß der von Kehr beschriebene Mechanismus als Element einer modifiziert imperialen Krisenlösung offensichtlich nicht greifen kann. Hinzu kommt, daß es eine Opposition, die in ihren Vorstellungen weiter geht als die von den Protagonisten einer europäischen Integration nationaler Kapitalien projektierten Entwicklungsdimension, nicht gibt. Damit scheint, neben dem Großagrariereinteresse auch der zweite Grund für eine eventuelle Neuauflage von Konzepten nach dem Schema Miquelscher Sammlungspolitik häufig geworden zu sein. Was die Kontinuitäten betrifft, so gemahnen die mit weitreichenden Planungs- und Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten und so gut wie

nicht parlamentarisch kontrollierten EG-Behörden in Brüssel (Hauser 1988) an die Tradition autoritärer Lösungen wie ebenso die anzunehmenden Konsequenzen ihrer Vorgaben für den westeuropäischen Binnenmarkt 1992 im Bereich der Tarif- und Sozialpolitik an die traditionelle Stoßrichtung gegen die Arbeiterschaft denken lassen. Die exportorientierte Dynamik der europäischen Staaten soll in diesem Binnenmarkt neuen Bewegungsspielraum finden. Das ausgewiesene Ziel der Integrationspolitik, die Stärkung der wirtschaftlichen Position Europas in der internationalen Konkurrenz qua Schaffung effektiverer und auch größerer Produktionseinheiten inklusive der notwendigen Märkte bedeutet auf jeden Fall, so es denn wirklich über die schon stattfindenden Kapitalkonzentrationsprozesse erreicht wird, eine Verschärfung des Exportdrucks auch nach außen. Dabei sind unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten denkbar:

- Ein Ausbau der deutschen Dominanz innerhalb des EG-Marktes,
- ein innerer Interessenausgleich bei gleichzeitiger imperialer Orientierung in bezug auf die Dritte Welt, verstärkter Exportdruck gegenüber Osteuropa und verschärfter agrarisch-industrieller Handelskonkurrenz mit den USA und den ostasiatischen Industrieländern,
- Die Weiterentwicklung der Sonderstellung der deutschen Exportindustrie innerhalb der EG in Richtung auf ein relatives Osthandelsmonopol. Damit wäre die alte Mitteleuropakonstellation außenhandelspolitisch wieder auferstanden.¹⁵

Es scheint aber deutlich, daß gegenwärtig vorerst weder die politisch-ökonomischen Fraktionen imperialer oder integraler Kapitalstrategien aufgebaut sind, noch, daß die politische und ökonomische Grenzziehung der Interessen alten Vorgaben folgen wird. Es sei denn, man deutet die Politik des innereuropäischen nationalen und ökonomischen Interessenausgleichs und einer wie auch immer begrenzten innenpolitischen Integrationspolitik als Basis einer von der BRD dominierten Großraumwirtschaft mit ökonomisch expansiver Tendenz und so als endliche Verwirklichung des ursprünglich liberal-imperialen Projekts.

Anmerkungen:

- 1 Rede Carl Duisbergs über »Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie« auf der vom Bayerischen Industriellen-Verband veranstalteten Tagung »Wirtschaft in Not« vom 24.3.1931. (Duisberg 1933)
- 2 Johannes Miquel, ehemaliger Sozialist, formulierte schon 1884 das Programm eines Rechtsliberalismus. Seine Sammlungspolitik (1897) als eine der Ursachen einer in den 1. Weltkrieg führenden Außenpolitik hat ihren Grund in einer speziellen innenpolitischen Konstellation des 2. deutschen Reiches. Sie verfolgte einen dreifachen Zweck: neue deutsche Zölle zu erheben, den Flottenbau u.a. darüber zu finanzieren und die Sozialdemokratie zu bekämpfen (Halgarten 1974, 67).
- 3 Der Flottenbau, von Tirpitz schon 1892 propagiert, kam entscheidend erst mit der Miquelschen Politik zum Zuge, vor allem im Rahmen der Initiativen zum Zolltarif von 1902 (Kehr 1976, 135). Das Flottengesetz von 1900 ist als Gegenzug zur Bewilligung der Schutzzölle zu interpretieren. »Die Agrarier bewilligten der Industrie die gräfliche Flotte, und die Industrie bewilligte den Agrariern als Kompensation dafür die preissteigernden Zölle.« (ibid., 166)

- 4 Enteignungen und Vertreibungen sollten vor allem Juden und Slawen in Osteuropa treffen. (Hasse 1895a, 110, 115, 117, 1895b, 102, G.K. 1894, 99, Claß 1912, 182 f.)
- 5 In »Germania triumphans« wird der Balkan mit Österreich vereinigt gedacht. Die Türkei soll den Kaukasus und östlichen Teil Südrußlands erhalten, während »Großdeutschland« Litauen, Polen, Wolhynien, Podolien, Südrußland umfassen und als Kolonialreich den größeren Teil Südafrikas, Südamerikas, Mexiko, Borneo, Neuguinea ausweisen soll. Hasse hingegen will nicht nur alle deutschsprachigen Gebiete eingemeinden, sondern auch die Beneluxländer. Komme man mit Frankreich zu einer friedlichen Übereinkunft, soll es die französische Schweiz und das französischsprachige Belgien erhalten, im Kriegsfall soll es aber die Departements Nord und Belfort an das Deutsche Reich, Nizza und Savoyen, Korsika und Nordafrika an Italien verlieren. Die Schweiz wird aufgeteilt. Italien erhält davon das Tessin und von Österreich den italienischsprachigen Teil Südtirols, verliert aber Triest. Österreich verliert die Bukowina und Galizien, die den neuzubildenden Königreichen Polen und Ruthenien zugeschlagen werden. Rumänien erhält die Walachei und ist in Zollunion mit Deutschland verbunden. Siebenbürgen kommt zu Österreich. Die südslawischen Gebiete werden zu einem Königreich Groß-Serbien zusammengefaßt und werden wie Ruthenien von Habsburg in Personalunion regiert. Rußland verliert Befarabien, das zwischen Österreich und Rumänien aufgeteilt wird. Die Bevölkerung soll entsprechend ausgetauscht werden. Rußland verliert außerdem Polen, Finnland und das Baltikum, das dem Einflußgebiet der deutschen Zollunion unterstellt wird. Folgende Struktur kristallisiert sich aus Hasses Neuordnung Europas: ein großdeutscher Bund, d.h. das Deutsche Reich mit den Benelux-Staaten und Österreich und ein großdeutscher Zollverein mit dem Baltikum, Polen, Ruthenien, Rumänien und Großserbien. Claß optiert nicht für so weitgehende Neuordnungen. Er möchte stattdessen eine friedliche Kooperation mit Rußland erreichen (Hasse 1895b, 102, 1895a, 111-114, 116, 118f., Claß 1912, 188f., 190, 194).
- 6 Die hier als »liberal-imperiale« Fraktion apostrophierte Gruppierung ist nicht identisch mit den liberalen Reichstagsparteien. Opitz bezeichnet sie sie als »neuindustrielle« Fraktion und sie in dem Hapag-Direktor Albert Ballin, dem Elektroindustriellen Robert Bosch, in Arthur von Gwinner als Nachfolger Georg von Siemens als Finanzier der Bagdadbahn und dem AEG-Präsidenten Walther Rathenau ihr Zentrum. Als Propagandisten und intellektuelle Unterstützer fungieren u.a. Hans Delbrück, Friedrich Naumann, Paul Rohrbach, Max Weber und Julius Wolf (Opitz 1977, 31).
- 7 Bei Mangoldt findet sich die entsprechende Vorstellung eines ökonomischen Raumes verbunden mit der Verbreitung des Deutschiums (Mangoldt 1912, 178). Kurt von Mangoldt ist ein dem Bund der Industriellen nahestehendes Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei.
- 8 Von der Kern-Union des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn ausgehend, werden vor allem die Schweiz, die Niederlande, später auch Belgien hinzugenommen. Bei Wolf und Rathenau soll Italien dazugehören, bei Wolf auch Frankreich, während Mangoldt die skandinavischen Länder präferiert (Wolf 1903b, 138, Rathenau 1976, 179 f., Mangoldt 1912, 178).
- 9 (Mangoldt 1912, 177, Rathenau 1913, 204) Rathenau gibt sich dort explizit nicht weltmarktorientiert. Obwohl er fordert, daß die Hochzollpolitik der anderen Länder wie die eigene agrarische aufzugeben ist, weiß er doch, daß an die preußische Agrarrendite nicht zu rühren ist, was bedeutet, daß an eine Freundschaft mit den Ländern des Agrarexports nicht zu denken ist. Als einzige Alternative verbleibt der mitteleuropäische Zollverein, weil allein dieser die Entwicklung der Technik, des Wohlstandes und der ökonomischen Freizügigkeit zu sichern gestattet (Rathenau 1913, 206 f.).
- 10 So in der militärischen Stelle im Auswärtigen Amt mit Oberst von Haefens mit Verbindung zu General Groener, so in der Kriegsrohstoffabteilung Rathenaus oder im Hans-Delbrück-Kreis (Adolf von Harnack, Friedrich Meinecke, Hermann Oncken, Ernst Troeltsch, Max Weber), der 1918 die Kanzlerschaft Max von Badens favorisiert (Opitz 1977, 31).
- 11 Coudenhove-Kalergie versuchte schon ab 1920 Kontakt zu Politikern und Wirtschaftsführern aufzunehmen, um sie für seine Europakonzeption zu gewinnen. 1922 erfolgte dann der Aufruf zur Gründung einer paneuropäischen Union, ohne allzuviel Resonanz hervorzurufen. 1923 erschien sein Buch »Paneuropa« und 1924 die Zeitschrift »Paneuropa«. Unterstützt wurde er auf die Vermittlung von Baron Louis Rothschild durch Max Warburg (Warburg-Gruppe) mit 60.000 Goldmark. Ab 1925 (Locarno-Pakt) erfährt dann die Europa-Idee etwas Auftrieb. Die Paneuropaorganisationen wurden durch einige Kapitalgruppen je nach zeitweiliger Interessenlage partiell gefördert (Opitz 1977, 500, 532 ff.).

- 12 Coudenhove-Kalergi geht von einer vor allem militärischen Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber einem uneinigen Europa aus, die zudem auf die Kommunisten als 5. Kolonne zurückgreifen könnten. Seine Gegenmaßnahmen lauten: Dem Bund der Sowjetrepubliken soll ein europäischer Staatenbund, dem Sowjettrust der europäische Zollverein und eine aktive Friedenspolitik, der roten Armee eine europäische Bundesarmee, die unter dem Gesichtspunkt einer militärischen Übermacht ausgebaut werden solle, gegenübergestellt werden (Coudenhove-Kalergi 1931b, 21 f., 51-54). Dabei vergißt er, was er selbst, den Revancekrieg betreffend, geäußert hatte, nämlich, daß eine Militarisierung zum Kriege, und da ein solcher Krieg notwendig ein totaler sei, zur »Ausmordung der feindlichen Nation«, d.h. zum Ruin Europas führen müsse (Id., 1926, 518, 1934, 240).
- 13 Als paradigmatische Schriften dieser Tendenz können die Veröffentlichungen von Fried und Wirsing gelten (Fried 1931a, 255, 264 f.). Wirsing operiert in seiner Schrift »Zwischeneuropa« mit einem extensiv ausgelegten Mitteleuropabegriff. Mitteleuropa, das ist für ihn der Raum zwischen Frankreich und der Sowjetunion, unter Ausschuß der Schweiz, Hollands, Belgiens und Griechenlands. Sein Konstrukt einer Raum- und Staatskonstruktion führt ihn zu einem föderativen Konzept mit Minderheitenschutz und zu einer Absage an den deutschen Imperialismus im Namen der nationalrevolutionären Idee. Die innere Regionalisierung des Reiches soll genauso föderativ gestaltet werden wie der Osten, um damit auch zugleich die klassische Nationalstaatsidee zu überwinden (Wirsing 1932, 600-605). Frieds »Autarkieprogramm« zielt, anders gewichtet, auf eine wirtschaftliche Symbiose zwischen Mitteleuropa und Rußland (Fried 1931a, 265). In Deutschland sollen dafür die Voraussetzungen geschaffen werden durch die Verstaatlichung der Schwerindustrie und der Konzerne, ein staatliches Außenhandelsmonopol und eine bestimmte Form von Planwirtschaft. Die südosteuropäischen Staaten sollen in einem »föderalistischen mitteleuropäischen Staatenverband« eingefügt werden, »der wirtschaftlich straff und zentral organisiert ist«. Er findet »seine entscheidende Anlehnung an den gesamten sowjetrussischen Wirtschaftsraum, der uns einerseits die weithin fehlenden Rohstoffe liefert, und den wir andererseits mit industriellen Erzeugnissen im weitesten Sinne versorgen«. Durch »Ausstrahlung« nach Persien, Indien und China entsteht so für Fried der größte und zukunftsreichste Wirtschaftsraum der Welt (Fried 1931b). Auch Hahn vom Mitteleuropäischen Wirtschaftstag reklamiert die osteuropäischen Märkte als deutsch Absatzgebiete (Hahn 1931, 583).
- 14 Mit der Agrarkartellierung war auch eine Mitteleuropapolitik notwendig geworden, die das Deutsche Reich »mit einer ständigen Bezugsreserve an industriellen und agrarischen Rohstoffen« versehen sollte. (Sohn-Rethel 1973, 82) Der eigentliche Plan ging dann aber »auf die Ausbildung einer festen agrarisch-industriellen Ergänzungswirtschaft zwischen den Südostländern und Deutschland«, wobei Deutschland zugleich das »Monopol auf die Industrialisierung dieser Länder gewinnen« sollte (ibid., 87).
- 15 Auch bei Schmierer, der die neueuropäische Entwicklung als »Integrationsstrudel« und »Rekontinentalisierung« zu bestimmen versucht, schleicht sich, obwohl er vor dem Hintergrund einer »Vernetzung« deutsch-hegemoniale Bestrebungen für irrelevant erklärt, diese Konstellation hintenherum wieder ein: Eine »Auflösung der nationalen Zentren« zeichne sich ab »in einem europäischen Raum rund um die Alpen, wo sich die Handelsströme konzentrieren und die engsten europäischen Produktionsbeziehungen entstehen« (Schmierer 1989, 9). Der geopolitische Blick des Autors zielt dabei geradewegs auf Österreich, Ungarn, Italien und Süddeutschland.

Literatur:

- Abelshausen, W. (1983): *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945-1980)*, Frankfurt
- Agnoli, J./ Blanke, B./ Kadritzke, N. (1973): Einleitung, in: Alfred Sohn-Rethel, *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, Aufzeichnungen und Analysen, Frankfurt, S. 7-24
- Auswärtiges Amt (1943): Entwurf für eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines »Europäischen Staatenbundes« (9.9.1943), in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 957-966
- Bauer, H. (1988): Westeuropäisierung: Was ist dran?, in: *antimilitarismus-Information* 6/1988, p. III-51-61

- Claß, H. (1912) (Pseudon. Daniel Frymann), Wenn ich der Kaiser wär – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912, Auszug in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 180-196
- Coudenhove-Kalergi, R. N. Graf (1923a): *Pan-Europa*, Wien-Leipzig
- Coudenhove-Kalergi, R. N. Graf (1923b): *Adel*, Wien
- Coudenhove-Kalergi, R. N. Graf (1926): Paneuropa und die nationalen Minderheiten, in: *Der deutsche Gedanke. Zeitschrift für auswärtige Politik, Wirtschaft und Auslandsdeutschum*, hg. von Paul Rohrbach, 3. Jg., Nr. 9 vom 10.5.1926, p. 522-527 und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 514-518
- Coudenhove-Kalergi, R. N. Graf (1931a): *Los vom Militarismus*, Wien-Leipzig-Berlin
- Coudenhove-Kalergi, R. N. Graf (1931b): *Stalin und Co.*, Leipzig-Wien
- Coudenhove-Kalergi, R. N. Graf (1932): *Revolution durch Technik*, Wien-Leipzig
- Coudenhove-Kalergi, R. N. Graf (1934): *Europa erwacht!*, Zürich-Wien-Leipzig
- Delbrück (1914): Schreiben an Bethmann Hollweg (13.9.1914), in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 218-220
- Deubner, C. (1979): Rehfeldt U., Schlupp F., Zieburg G., *Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion*, Frankfurt-New York
- Duisberg; C. (1931): Rede über »Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der deutschen Industrie« auf der vom Bayerischen Industriellen-Verband veranstalteten Tagung »Wirtschaft in Not« (24.3.1931), in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 581 f.
- Fried, F. (1931a): (i.e. F. Zimmermann): *Das Ende des Kapitalismus*, Jena
- Fried, F. (1931b): Wo stehen wir?, in: *Die Tat*, 23. Jg., 1931, Heft 8 und in: Herbert Michaelis, *Ursachen und Folgen*, Bd. 8, Berlin o.J.
- Galtung, J. (1973): *Kapitalistische Großmacht Europa oder Die Gemeinschaft der Konzerne?*, Reinbek
- Goerdeler, C. (1943): *Der Weg* (Herbst 1943), in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 966-971
- Goettle, G. (1988): Dachschäden. Das Europäische Haus und seine Untermieter, in: *tageszeitung* vom 1.8.1988
- Grotkopp W., (1931): Handelspolitische Möglichkeiten und Notwendigkeiten, in: Wilhelm Gürge, Wilhelm Grotkopp (HG:), *Großbrauwirtschaft. Der Weg zur Europäischen Einheit*, Berlin 1931, Auszüge in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 584-591
- Hahn, M. (1931): Mitteleuropa als Ziel deutscher Politik (23.10.1931), in: *Volk und Reich* Nr. 10-11, 1931, p. 564 ff. und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 582-584
- Hallgarten G. W. F. (1974): Von Bismarck bis zum Ende der Weimarer Republik, in: George W. F. Hallgarten, Joachim Radkau, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute*, Frankfurt p. 19-223
- Hasse, E. (1895 a): *Großdeutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950. Von einem Alldeutschen*, Berlin. Auszüge in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 107-124.
- Hasse, E. (1895 b): Besprechung von: »Germania triumphans. Rückblick auf die weltgeschichtlichen Ereignisse der Jahre 1900 bis 1915 von einem Größtdeutschen«, in: *Alldeutsche Blätter. Mitteilungen des Alldeutschen Verbandes*, 5. Jg., Nr. 2 vom 13.1., p. 9 f. und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 101 f.
- Hauser, E. (1988): Vier Freiheiten für zwölf europäische Länder; Das große Monopoly-Spiel und die Verbraucher, Standort Bundesrepublik und die soziale Frage. Die Gewerkschaften sorgen sich um die erkämpften Rechte in einem Europa ohne Grenzen; Für die Gewerkschaften ist es fünf vor zwölf. Der DGB beklagt die unzureichende Beachtung der sozialen Aspekte in der Vorbereitung zum EG-Binnenmarkt: *Frankfurter Rundschau* vom 31.8.-3.9.
- Heile, W. (1926): Der Weg zur Einigung Europas, in: *Der deutsche Gedanke*, 3. Jg., Nr. 15 vom 12.8. und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 524-528
- Jäckh, E. (1916): »Mitteleuropa« als Organismus; Der Sinn für das Organische; Der geopolitische Zwang; in: *Deutsche Politik. Wochenschrift für deutsche Welt und Kulturpolitik*, hg. von Jäckh E., Rohrbach

- R., Stein P., 1. Jg. Heft 25 vom 16.6.1916, p. 1065-1071, Heft 27 vom 1.7., p. 1145-1149, Heft 29 vom 14.7., p. 1225-1230 und in Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 367-377
- G.K. (1894): Deutschlands Weltstellung und der Weiterbau am deutschen Nationalstaat, in: *Alldeutsche Blätter. Mitteilungen des Alldeutschen Verbandes*, 4. Jg., Nr. 2 vom 7.1., p. 5-8 und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 96-100
- Kehr, E. (1976): *Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. und eingel. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt-Berlin-Wien
- Loth, W. (1983): *Die Teilung der Welt. Geschichte des kalten Krieges*, München
- Mangoldt, K. U. (1912): Wo hinaus? Eine Betrachtung über deutsche Auswärtige Politik, in: *Berliner Börsen-Courier* Nr. 12 vom 9.1. und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 176-179
- Martin, B. (1976): Friedens-Planungen der multinationalen Großindustrie (1932 bis 1940) als politische Krisenstrategie, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2. Jg., Heft 1, p. 66-88
- Naumann, F. (1908): *Das Ideal der Freiheit*, Berlin-Schöneberg, Auszüge in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 169-172
- Naumann, E. (1911): *Neudeutsche Wirtschaftspolitik*, Berlin-Schöneberg
- Naumann, F. (1913): *Freiheitskämpfe*, Berlin
- Naumann, F. (1915): *Mitteleuropa*, Berlin
- Neumann, W./ Unterwedde, H. (1986): *Industriepolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich*, Opladen
- Oncken, H. (1921): Die Wiedergeburt der großdeutschen Idee, in: *Österreichische Rundschau*, Heft 3/ 1921 vom 1.5.1921, p. 91-114 und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 490-495
- Opitz, R. (1977): Vorwort in: Id. (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln, p. 21-43
- Radkau, J. (1974): Von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zur Gegenwart, in: W. F. Hallgarten, J. Radkau, *Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute*, Frankfurt, p. 225-538
- Radkau, J. (1976): Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite in der deutschen Außenwirtschaftspolitik 1933-1940, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2. Jg., Heft 1, p. 33-65
- Rathenau, W. (1913): Deutsche Gefahren und neue Ziele in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 486-489
- Rathenau, W. (1976): Tagebucheintragungen vom 25.7.1912, in: Id., *Tagebuch 1907-1922*, Düsseldorf p. 168-170 und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, 179 f.
- Rohrbach, P. (1919): Deutschlands Ostlage um zukünftigen Europa, in: *Gerechtigkeit, Monatshefte für Auswärtige Politik*, Heft 5, Mai p. 280-287 und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 486-489
- Schlüppmann, H., (1926): Paneuropa – wirtschaftlich, in: *Der deutsche Gedanke*, 3. Jg., Nr. 15 vom 12.8., p. 929-934 und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 518-520
- Schmierer, J. (1989): Warten auf den Euroexpress, in: *Kommune*, 7. Jg., Nr. 1, p. 6-10
- Schumann, H. (1988): Europa 1992 – Markt ohne Staat, in: *Der Spiegel*, 42 Jg., Nr. 27, p. 94 f.
- Sohn-Rethel, A. (1973): *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen*, Frankfurt
- Stolberg-Wernigerode, A. Graf zu (1914): Brief an den Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Delbrück, in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 208-210
- Stolper, G. (1919): Donauförderung oder Großdeutschland (23.1.1919), Berlin (Heft 1/2 der *Flugschriften »Großdeutschland«*, hg. von Walther Schotte), Auszüge in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 468-476
- Stresemann, G. (1925): Brief an den ehemaligen Kronprinzen über die nächsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik (7.9., in: Stresemann, Vermächtnis. *Der Nachlaß in drei Bänden*, Bd. II, Berlin 1932, p. 553-555 und in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, 507 f.
- Stürmer, M. (1986a): Was Geschichte wiegt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26.11.

- Stürmer, M. (1986b): Gibt es Mitteleuropa, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10.12.
- Wehler, H. U. (1969): *Bismarck und der Imperialismus*, Köln
- Wehler, H. U. (1973): *Das deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Göttingen
- Wehler, H. U. (1976): Einleitung in: E. Kehr, *Der Primat der Innenpolitik*, Frankfurt-Berlin-Wien, p. 1-29
- Wernecke, K., Heller, P. (1982): *Der vergessene Führer – Alfred Hugenberg – Pressemacht und Nationalsozialismus*, Hamburg
- Wirsing, G., (1932): *Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft*, Jena, Auszüge in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 596-606
- Wolf, J. (1903a): Ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverein, in: *Neue Presse* vom 3.3.1903, in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 139 ff.
- Wolf, J. (1903b): *Materialien betreffend einen mitteleuropäischen Wirtschaftsverein*, Berlin o.J., Auszüge in: Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln 1977, p. 137-146